



CSD in Hannover und Oldenburg

Grußworte, Gäste
und ganz viel Spaß
bei den Paraden und
Straßenfesten

Seite 5 und 7

Mit Bällen auf Politiker werfen?

Schlechter Stil, liebe
SPD. Eine Kritik
vermeintlich lustiger
CSD-Aktionen

Seite 6





Liebe Leser!

Der Chef der New Yorker Polizei entschuldigt sich für das Vorgehen der Beamten des New Yorker Police Department an jenem 28. Juni 1969. Mit dieser Nachricht startete quasi der Pride Month in diesem Jahr. 50 Jahre ist es also her, dass der Aufstand rund um das Stonewall Inn in New York zur Geburtsstunde des Christopher Street Days wurde. Folgerichtig durchzieht die Erinnerung an die Geschehnisse von damals die zahlreichen CSDs in der Bundesrepublik und weltweit – und immernoch werden es jedes Jahr mehr. Wir werfen in dieser Ausgabe einen Blick auf die großen CSD in Norddeutschland: in Hannover und Oldenburg waren wir dabei. Braunschweig folgt im August. In Hannover spannte die Landtagsabgeordnete Mareike Wulf in einem Grußwort den Bogen von damals zur Gegenwart. Der von der CDU unterstützte OB-Kandidat Eckhard Scholz ließ es sich kurz nach seiner Vorstellung ebenfalls nicht nehmen, spontan unseren Stand zu besuchen.

Viel ist seit 1969 passiert, vieles schon erreicht worden. So haben wir – vor 50 Jahren noch undenkbar – mit Jens Spahn den ersten offen homosexuellen Bundesgesundheitsminister aus den Reihen der CDU. Dass auch er aber noch Aufgaben im LSBTI-

Bereich vor sich hat, zeigt sein Engagement zur Abschaffung sogenannter „Konversionstherapien“. Wir liefern hier den aktuellen Stand. Vielen ist Jens Spahns Einsatz in diesem Bereich zu sehr reine Symbolpolitik. Aber muss das schlecht sein? Sind nicht auch die Öffnung der Zivilehe, das His-sen der Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden, die Entschädigung für nach Paragraph 175 StGB Verurteilte (gemessen an der bisherigen Inanspruchnahme) Symbolpolitik? Wie viele Symbole brauchen wir und vor allem welche? Diesen und anderen Fragen gehen wir in diesem „Unioncorn“ ebenfalls nach.

Für uns ein schönes Symbol und auch ein Novum in der sehr guten Zusammenarbeit von LSU und CDU in Niedersachsen ist unser neuer Flyer. Erstmals von der Partei finanziert erfolgt (ebenfalls erstmalig) über die Partei auch die Verteilung an alle Kreisverbände. Nach unserem postalischen Umzug ins Hasselmann-Haus sind wir zudem auch wieder auf der Homepage der Partei zu finden. Wir sagen ein herzliches Dankeschön allen Verantwortlichen in der Partei, die dieses möglich gemacht haben – besonders unserem Generalsekretär Kai Seefried und unserem Landesgeschäftsführer Christian Meyer.

Mit diesen guten Nachrichten verabschiede ich mich in die Sommerpause.

Wer aber im Sommer nicht ganz auf die LSU verzichten möchte, der sei herzlich eingeladen uns am 2. Juli auf das Schützenfest Hannover zu begleiten und dabei nicht nur aber auch das Gay People Zelt (noch so ein Symbol) zu entern. Wir treffen uns um 19 Uhr am Gilde-Tor.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine anregende Lektüre, schöne Ferien und eine gute Zeit.



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen



Foto: LSU

Neues LSU-Werbematerial

Landespartei finanziert LSU-Faltblätter

Pünktlich zur diesjährigen CSD-Saison ist unser neustes Werbematerial der LSU in Niedersachsen eingetroffen. Dankenswerterweise hat unsere Landespartei, die CDU in Niedersachsen, den Druck der neuen Flyer unterstützt. In den Faltblättern informieren wir über unsere Ziele, unsere Geschichte und unsere parteiinternen Unterstützer wie Bundesministerin Ursula von der Leyen, Fraktionschef Dirk Toepffer oder Generalsekretär Kai Seefried.



Foto: LSU

Infos für die Kreisverbände

Geschäftsführer legen LSU-Infos aus

Die Landespartei hat das Werbematerial nicht nur für uns drucken lassen – sie legt es auch im Wilfried-Hasselmann-Haus aus und verteilt es über die Kreisgeschäftsführer in allen Kreisverbänden der CDU in Niedersachsen. Diese Unterstützung ist für uns sehr wichtig. Sie drückt aus, dass wir ein ganz selbstverständlicher Teil der Union sind. Ohne diese Hilfe fiel es uns sonst sehr schwer, in der Fläche wahrgenommen zu werden.



Foto: Andersraum Hannover

Jugendzentrum findet Träger

Andersraum hat sogar schon Räume

Der Andersraum e.V. wird Träger des neuen queeren Jugendzentrums in Hannover. Zwar ging die Initiative für diese Einrichtung direkt vom Andersraum aus. Doch natürlich haben auch andere Organisationen die Möglichkeit gehabt, sich auf die Trägerschaft zu bewerben. Nun geht es in großen Schritten weiter. Auch eine passende Immobilie ist schon gefunden. Die Verantwortlichen sammeln nun Spenden, damit das Zentrum gut eingerichtet werden kann.



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Neues Amt für Landeschef

Alex van der Wardt: LSU-Bundesgeschäftsführer

Alexander van der Wardt, Niedersachsens LSU-Chef, übernimmt auch die Aufgaben des Bundesgeschäftsführers der LSU. Da Alexander Paul aus Sachsen längerfristig erkrankt ist, musste das Amt neu besetzt werden. „Im Hauptberuf arbeite ich als Geschäftsführer der hannoverschen CDU-Ratsfraktion“, erklärt Alexander. „Ich bin es deshalb gewohnt, ehrenamtlichen Politikern zuzuarbeiten und die Fäden bei mir zusammenlaufen zu lassen.“

Toepffers Erbe

Scheidender Kreisvorsitzender erwähnt LSU

Toepffer habe erreicht, dass das konservative Milieu aufgelockert ist, heißt in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. „Er ist Ehrenvorsitzender der Lesbisch-Schwulen Union, die Vertreter im Vorstand hat, wo auch, Toepffer erzählt es immer wieder gerne, Vegetarier mitarbeiten und Menschen, die kein Auto besitzen.“ In Hannover ist die LSU Ausdruck einer modernen Großstadt-CDU. Dirk Toepffer wird nicht müde, das zu erwähnen. Gut so.

Stonewall und die Folgen

Dirk R. Loeben hält Vortrag in Braunschweig

Der Weg zur Ehe für alle war lang und entbehrungsreich, Tausende wurden von der Justiz verfolgt. Wie konnte es dazu kommen? Der Rechtsanwalt und -historiker Dirk R. Loeben beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung von den Anfängen der Moderne bis heute. Dazu betrachtet er das geltende Recht von der Reichsgründung bis in die Gegenwart. Vortrag: 7. August, 18:00 Uhr, in der Aids-Hilfe, Euelnstraße 5, Braunschweig, Eintritt frei.

„Wir sollten offen dafür sein“

OB-Kandidat Scholz zum Genderstern

„In der Wissenschaft ist der Genderstern längst gängige Praxis. Wir sollten offen dafür sein“, sagte OB-Kandidat Eckhard Scholz im Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, und ergänzte: „Gleichwohl gibt es wirklich wichtigere Themen in Hannover als diese Frage.“ Damit trifft es der von der CDU unterstützte Kandidat lässig auf den Punkt. Sein SPD-Herausforderer war zwar gegen den Stern, wollte aber Regenbogen-Zebrastreifen.



Foto: LSU



Foto: LSU



Foto: Diana Davies, copyright owned by New York Public Library



Foto: Team Eckhard Scholz

Mareike Wulf sprach beim CSD Hannover

Bürger nah am LSU-Infostand: OB-Kandidat Eckhard Scholz

„Ich bin kein humorloser Mensch und ich mag auch den Karneval gerne“, sagte die hannoversche CDU-Landtagsabgeordnete Mareike Wulf am Pfingstwochenende auf dem CSD Hannover. „Allerdings: Für eine Bundesvorsitzende einer Volkspartei, die das auch bleiben möchte, ist es nicht angemessen, Menschen wissentlich und vielleicht sogar vorsätzlich in dieser Art und Weise vor den Kopf zu stoßen.“

Es ist nicht ganz einfach, in diesem Jahr für die Christdemokraten auf einem Christopher Street Day zu sprechen. Natürlich, Angela Merkels „Bauchgefühl“ hat auch immer wieder für Spott und Häme am LSU-Infostand gesorgt. Aber von der aktuellen Vorsitzenden der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat die Community gar keine gute Meinung.

Dabei sieht die tatsächliche Politik der Union für Lesben und Schwule doch ganz anders aus – und auch darauf verwies Mareike Wulf in ihrem Grußwort. Wenn es um die Sicherheit von Minderheiten geht, steht die CDU an der Seite der Community. Angriffe auf Homosexuelle, wie sie sich etwa zuletzt in London (aber nicht nur dort) ereigneten, verurteilte Mareike Wulf scharf.

Umso deutlicher wird die Bedeutung des kürzlich vom Rat der Landeshauptstadt Hannover beschlossenen „queeren Jugendzentrums“. Diese Räume seien wichtig, damit „junge Menschen merken, dass wir gemeinsam stärker sind“, sagte Mareike Wulf mit Anspielung auf das diesjährige CSD-Motto. Auch hier machte sie noch einmal ganz deutlich,



dass die CDU dieses Jugendzentrum unterstützt und auch in den Ratsgremien geschlossen dafür gestimmt hatte. Diese Information war allerdings für einige Besucher auf dem CSD ganz neu. Feindbilder wollen gepflegt werden, auch auf seiten der LSBTI-Community. Deshalb ist es wichtig, dass CDU und LSU gemeinsam Flagge zeigen.

Ein ganz besonders klares Statement setzte dabei auch der hannoversche Oberbürgermeister-Kandidat Eckhard Scholz. Obwohl er erst am Montag vor Pfingsten vom Kreisvorstand als CDU-Kandidat vorgeschlagen wurde und die Basis ihn noch nicht gewählt hat, kam er am Pfingstsonntag bereits spontan zum CDU-Infostand auf dem CSD Hannover. Wenn man so will, war das sein erster offizieller Auftritt nach der Nominierung. Auch das zeigt, welche Bedeutung der Christopher Street Day mittlerweile genießt.



Wirklich, liebe SPD?

SPDqueer lässt mit Bällen auf Unionspolitiker werfen

„Ihr wolltet diesen homophoben Menschen schon immer mal zeigen, was ihr von ihnen haltet? Bei uns könnt ihr sie sogar des Tisches verweisen.“ Mit diesem Slogan warb die SPD queer Bezirk Hannover, die LSBTI Organisation der SPD, auf Facebook für ihr Dosenwerfen auf dem vergangenen hannoverschen CSD. Auf den Dosen neben den Konterfeis von Orban, Papst Franziskus, Erdogan, auch die von Annegret Kramp-Karrenbauer und Horst Seehofer. Ist das nun witzig, weil es „nur ein Spiel“ ist, wie ein SPD-Mann kommentierte? Ich muss gestehen, ich finde das nicht witzig, sondern geschmacklos, weil hier Grenzen überschritten werden. Mir gefällt bestimmt auch nicht alles, was Vertreter und Vertreterinnen meiner Partei so von sich geben – und ich würde mal behaupten, das geht wohl jedem Mitglied egal welcher Partei mitunter so.

So ist das halt in einer Demokratie und vielleicht besonders in einer Volkspartei, die unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen unter einem Dach vereint. Aber wenn sich jetzt selbst demokratische Parteien in ihren berechtigten und notwendigen Auseinandersetzungen auf dieses Niveau begeben, darf man sich nicht über die

Verrohung politischer Sitten beschweren oder darüber wundern, dass dann am Ende trotzdem Parteien gewählt werden, bei denen das ‘Das-wird-man-ja-wohl-noch-sagen-dürfen’-Mantra zum Markenkern

wissen Abstumpfung kann wohl keiner von uns leugnen. Wir müssen achtsam sein, damit unsere Debattenkultur und damit auch die Formen politischer Auseinandersetzung und letztlich unsere Demokratie keinen Schaden nehmen – genau dies wird von interessierter Seite

nämlich bezweckt. Und ehe man sich versieht, wird aus dem Witz Ernst.

„Achte auf Deine Gedanken, denn sie werden Worte. Achte auf Deine Worte, denn sie werden Handlungen. Achte auf Deine Handlungen, denn sie werden Gewohnheiten. Achte auf Deine Gewohnheiten, denn sie werden Dein Charakter. Achte auf Deinen Charakter, denn er wird Dein Schicksal“, heißt es im Talmud. Das gilt für mich für Personen ebenso wie für Nationen. Daher: Nein, es ist nicht witzig Menschen zu Zielscheiben zu machen – und es sei es auch nur im Spiel oder zum „Spaß“. In einer Zeit, in der Politiker erschossen werden und die Täter dafür im Netz Beifall ernten und das Opfer auch noch Häme erfährt, ist das schlicht und einfach geschmacklos. Vielleicht gelte ich damit als überempfindlich, aber dann bin ich das sehr gerne.

Sven Alexander van der Wardt



gehört. Die Grenze des Sagbaren – und damit letztlich auch Machbaren – kann aus allen Richtungen verschoben werden und vielleicht haben wir uns inzwischen auch schon zu sehr daran gewöhnt, dass dies beständig passiert. Den Eintritt einer ge-

Vielfalt statt Einfalt

Die CDU-Familie beim 25. CSD Nordwest

Ein Jubiläum im doppelten Sinne war der CSD Nordwest am 15. Juli in Oldenburg. Bei bestem Wetter zogen über 12.000 Teilnehmer durch die Oldenburger Innenstadt und demonstrierten lautstark für „Vielfalt statt Einfalt“, dem Leitmotto des 25. CSD Nordwest. Auch für die CDU-Familie war es ein kleines Jubiläum, denn im fünften Jahr in Folge war die CDU-Familie aus CDU, LSU, JU und RCDS mit Info-Stand und Wagen mit dabei. Um dieses doppelte Jubiläum zu würdigen, wurde extra die Quadriga (ein besonders professioneller Info-Stand der CDU Hildesheim) nach Oldenburg geholt. „Mittlerweile sind wir ein fester und geschätzter Bestandteil des CSD-Nordwest“, reüssiert Daniel Kaszanics, CDU-Landesdatenschutzbeauftragter und Organisator der CDU-Teilnahme am CSD-Nordwest. „Waren die ersten beiden Jahre noch von Shit-Storms bis hin zu Todesdrohungen geprägt, schätzt man heute unser Engagement und die politische Auseinandersetzung, denn wir verfolgen zwar durchaus gleiche Ziele, aber die Wege und Methoden diese zu erreichen, da setzen wir als CDU-Familie den Fokus auf Chancengleichheit anstatt Gleichmacherei“, so Daniel Kaszanics weiter.

Als politische Aktion der CDU-Familie wurde in diesem Jahr die LSU-Forderung der Ergänzung des Artikel 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der „sexuellen Orientierung“ und der „geschlechtlichen Identität“ durch eine Unterschriftenaktion unterstützt. Das Ergebnis wird jetzt an den Fachausschuss des Bundestags weitergeleitet. Unter anderem geht



es darum, mit der Grundgesetzänderung abzusichern, dass die erreichten gesellschaftlichen und gesetzlichen Fortschritte wie zum Beispiel die sogenannte „Ehe für alle“ nicht durch einfache Mehrheitsentscheidungen wieder rückgängig gemacht werden. Ebenso soll verhindert werden, dass eine nicht-normative sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität wieder als Krankheit eingeordnet wird.

„Die vielen gesammelten Unterschriften zeigen, dass wir als wichtiger politischer Ansprechpartner vor Ort wahrgenommen werden“, sagt Daniel Kaszanics. Denn auch wenn es das CDU-Organisationsteam sehr gefreut hat, dass hinter dem CDU-Wagen gut 400 bis 500 Leute als Traube mitgelaufen sind und lautstark zur Musik demonstriert haben, so steht für die CDU-Familie das Eintreten für die Sache in der Öffentlichkeit und innerhalb der Partei im Vordergrund.



Gute und schlechte Symbolpolitik

Gendersterne und Regenbogenzebrastreifen

Das Gendersternchen habe der LSBTI-Community mehr geschadet als geholfen, sagte der SPD-Kandidat für den Oberbürgermeisterposten in Hannover, Marc Hansmann. „Man kann über Gendersternchen diskutieren, ich hätte es eher nicht durchgehen lassen. Es lenkt nur ab“, sagte er im Interview mit der hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Hansmann hält also nichts von dem kleinen Stern, den die Landeshauptstadt jetzt in offiziellen Schreiben verwenden möchte, um alle Geschlechter gleichermaßen anzusprechen. Hansmann hingegen möchte eine andere, eine „besser vorbereitete Symbolpolitik“. Beim CSD in Hannover versuchte er, die Community mit einem ganz neuen Vorschlag von sich zu überzeugen: Er möchte schwule Ampelmännchen und Regenbogenzebrastreifen in der Stadt installieren. Hannover solle die „Gay City des Nordens“ werden. Ein nettes Symbol, aber anderen Themen hätten da Vorrang, meint CSD-Organisatorin Corinna Weiler im Gespräch mit der hannoverschen Neuen Presse: „Viel wichtiger ist zum Beispiel die Unterbringung von queeren Geflüchteten. Oder das queere Jugendzentrum, das jetzt im Rat beschlossen wurde.“

Gendersternchen und Zebrastreifen – alles irgendwie Symbole. Sie stehen für ein Ankommen, aber auch für ein Besonderssein, ein Auffallen. Nicht jeder in der Community braucht das und möchte das. Gleichwohl sind Symbole wichtig. Die Frage ist nur, wie müssen solche Symbole aussehen? Was sollen sie ausdrücken?



Stars and Stripes – Gendersterne und Regenbogenzebrastreifen

Als Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vor kurzem ernst machte mit seinen Plänen, die umstrittenen Konversionstherapien zu verbieten (mehr dazu auf Seite 9), kamen Vorwürfe und Bedenken, das sei ja alles nur Symbolpolitik. Schließlich betreffe das ja kaum jemanden. Sogar der NDR-Reporter Christian Deker (der die Doku „Schwulenheiler“ gemacht hat) nannte Spahns Vorstoß Symbolpolitik. Er schrieb auf seiner Facebook-Seite: „Ein gesetzliches Verbot ist in jedem Fall richtig, wird am Ende aber wohl eher Symbolpolitik bleiben. Denn es gibt kaum Geschädigte, die entsprechende ‚Therapeut:innen‘ anzeigen.“ Immerhin ergänzte er: „Trotzdem ist das Verbot natürlich ein wichtiges Zeichen gegen gefährliche Umvolungen.“ Es ist ein Zeichen, das nicht zu unterschätzen ist. Denn das öffentliche Echo ist groß und die Botschaft richtet sich an alle (jungen) Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder

geschlechtlichen Identität verunsichert sind. Sie richtet sich vor allem an Homosexuelle, die in einem (frei)kirchlichen Kontext leben, in einem Umfeld, in dem sie aufgrund religiöser Überzeugungen verängstigt sind. Und die Botschaft lautet: Ihr seid nicht krank. Die Gesellschaft sagt: ihr seid gesund. Es ist normal so zu sein, so zu fühlen und so zu empfinden.

Eine ähnliche Botschaft geht von der Einrichtung des „queeren Jugendzentrums“ in Hannover aus. Dies soll ein Ort sein, an dem junge lesbische, schwule, bi-, trans- oder intersexuelle Menschen geschützt sind. Genau wie beim Verbot der Konversionstherapie wird auch die Einrichtung des „queeren Jugendzentrums“ aus einem ganz bestimmten Grund zu einem so starken Symbol: Beides wird parteiübergreifend unterstützt. Die CDU bekennt sich ganz klar zu Freiheit und Sicherheit von LSBTI. Das ist das starke Symbol.



Spahn will Verbot noch in diesem Jahr Gutachten stützen Haltung: „Homoheilung“ ist gefährlich

Ein Verbot von sogenannten Konversionstherapien ist aus medizinischer Sicht geboten und rechtlich möglich. Das ist das Ergebnis von zwei wissenschaftlichen Gutachten (siehe Downloads unten) und einer Fachkommission, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Anfang April einberufen hat und fachlich von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld begleitet wird.

„Die Kommission und die Gutachter haben gute Lösungsansätze aufgezeigt, wie wir ein Verbot dieser Therapien regeln können“, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in Berlin. „Auf dieser Grundlage werden wir auf das Justizministerium zugehen, um zügig zu entscheiden, wie und was wir in Deutschland umsetzen.“

Anschließend bekräftigte Spahn nicht einmal seine Haltung: „Meine Haltung ist klar: Ich bin für ein Verbot dieser Therapien. Denn Homosexualität ist keine Krankheit und daher auch nicht therapiebedürftig.“

Jörg Litwischuh-Barthel, Geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld sagte: „Die heute vorgestellten Gutachten zeigen eindringlich, dass sogenannte ‚Konversionstherapien‘ verboten gehören. Prof. Martin Burgi hat dafür den verfassungsrechtlichen Weg aufgezeigt. Prof. Peer Briken belegt, dass die sexuelle Orientierung eines Menschen nicht durch sogenannte ‚Konversionstherapie‘ veränderbar ist.“

Die Kommission besteht aus 46 Vertretern aus Politik und Wissenschaft. In zwei ganztägigen Workshops, die im Mai und Juni stattgefunden haben, wurden medizinische, juristische, gesellschaftspolitische sowie religiös-weltanschauliche Aspekte eines möglichen gesetzlichen Verbots umfassend erörtert.

BEISPIELE FÜR THERAPIEN

Der Handlungsbedarf wurde auch durch die Betroffenen sehr deutlich, die in der Kommission ihre Leidensgeschichten beschrieben

und damit auch die negativen Folgen solcher Angebote deutlich gemacht haben.

Im Verlauf einer allgemeinen Psychotherapie wurde bei einer Betroffenen erst nach einem Jahr die Veränderung ihrer Homosexualität zum „Therapieziel“. Dies geschah für die Betroffene völlig unerwartet. Die Maßnahmen der „Therapeutin“ umfassten u.a. eine Lichttherapie und indoktrinierende Gespräche. Die Therapie wurde beendet als auch eine Elektroschockbehandlung vorgeschlagen wurde.

Ein weiterer Betroffener wurde in seinem religiösen Umfeld wegen Homosexualität diskriminiert und suchte deshalb nach Hilfs- und Unterstützungsangeboten. Er geriet dabei an verschiedene Anbieter, die versteckt sogenannte „Konversionsverfahren“ zur Behandlung von Homosexualität anboten. In Folge dieser Therapien brach er sämtliche Sozialkontakte zu homosexuellen Menschen ab. Die so hervorgerufene Isolation führte schließlich zum Therapieabbruch. **PM**



Mahnende Worte des Bundespräsidenten Adenauer-Stiftung ehrt Christian Wulff zum 60. Geburtstag

„Ich bin ein Konservativer, aber es gibt einen gewaltigen Unterschied zum Reaktionär. Ebenso wie es einen Unterschied zwischen Patriotismus und Nationalismus gibt. Dazwischen müssen demokratische Politiker deutlicher unterscheiden. Alles andere hat immer in die Katastrophe geführt.“ Mit diesen mahnenden Worten des Altbundespräsidenten ging eine Feierstunde aus Anlass seines 60. Geburtstages zu Ende, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) neben hochkarätigen Vertretern aus Landes- und Bundespolitik auch die LSU in Niedersachsen eingeladen hatte. Alexander van der Wardt und Matthias Eitenbenz nahmen an der Feierlichkeit am Vorabend seines Geburtstags in der Neustädter Hof- und Stadtkirche in Hannover teil.



Mit weitgehend artigen Grußworten warteten der Generalsekretärs der KAS Michael Thielen, des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (der sich nach eigener Aussage endlich bei einer Veranstaltung mal wieder als Vertreter des linken Flügels fühlen durfte) sowie des niedersächsischen Wirtschafts-

ministers und CDU-Landesvorsitzenden Bernd Althusmann auf. Unbequeme Wahrheiten schrieben hingegen der Festredner Friedrich Küppersbusch und Christian Wulf selbst den versammelten CDU-Granden ins Stammbuch. „Wer angesichts von Rezo nach schärferen Regeln für das Internet schreit, bittet geradezu darum, an der Zukunft nicht mehr teilhaben zu wollen“, kritisierte Küppersbusch die Union. Das gefiel vermutlich nicht jedem, aber eine lebendige Volkspartei wie die CDU kann und muss das sicherlich aushalten. Wulff sprach seinen Parteifreunden Mut zu, öfter Redner einzuladen, bei denen man nicht vorher schon wüsste, was sie sagen werden. Die LSU dankt für die Einladung und steht für kontroverse Debatten immer bereit.